



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 3. November 2017

72. Jahrgang/Nr. 256

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Gegen die Macht der Generäle

Alexander Isele über Suu Kyis Bemühungen um Demokratie

Der katholische Kardinal Charles Maung Bo ist eine der wenigen öffentlichen Personen, die sich in Myanmar für die muslimische Minderheit der Rohingya aussprechen. Auf einem ökumenischen Gottesdienst im Oktober machte er sich auch für Aung San Suu Kyi stark: »In ihren zerbrechlichen Händen hält sie die Träume von Millionen.«

Nun hat die international in Kritik geratene De-facto-Regierungschefin zum ersten Mal zwei Rohingya-Dörfer im Bundesstaat Rakhine besucht. Im Oktober hatte sie von internationalen Beobachtern noch Häme und Kritik für ihre Bemerkungen bekommen, erst einmal herausfinden zu müssen, was in Rakhine überhaupt passiere. Unbeachtet blieb: Kurz darauf hat sie die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission veranlasst, die unter der Führung des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan ein Jahr lang Vorschläge zum Umgang mit dem Rohingya-Konflikt erarbeitet hatte.

Dass internationale Beobachter Suu Kyi fallenlassen, hilft nur denjenigen, die vom Konflikt profitieren: den Generälen. Kritik an der Regierungschefin muss weiterhin geäußert werden, genau wie die Forderungen nach einem Rückkehrrecht der Geflüchteten, der Zulassung internationaler Beobachter in Rakhine-Staat und einer Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, das die Rohingya diskriminiert. Nur: Die Bemühungen genauso wie die limitierten Möglichkeiten Suu Kyis in der Situation nicht zu sehen, treibt sie in die Hände der Militärs. Zum Leidwesen des ganzen Landes.

UNTEN LINKS

Seit der Bundestagswahl weiß man: Das Verhältnis zwischen linken Parteien und der Bevölkerung ist erheblich gestört. Bestes Beispiel mal wieder: die Linkspartei. Anstatt sich um die schönen Dinge des Lebens zu kümmern – Schmökern, Schlummern und Schnackseln – und ihrer Wählerschaft endlich die Vorzüge eines ausschweifenden Hedonismus einzubimsen, arbeiten die diversen Parteikommissionen unermüdlich an ihrem wichtigsten parteiinternen Langzeitprojekt, dem Erfinden und In-Umlauf-Bringen neuer hässlicher Wörter (»Positionspapier«, »Schuldenbremse«, »Verwaltungsstrukturreformvorhaben«). Auch der DKP-Parteivorstand hat sich längst von den normalen Menschen und ihren kulturellen Bedürfnissen entfremdet. Während man dort noch bei trocken Brot alte Konstantin-Wecker-Verse auswendig lernt, guckt alle Welt mit gut gefüllter Champagnerflöte in der Hand die neue Staffel von »Stranger Things«. Nein, so wird das nichts mit der Revolution! *tbl*

Menschen als Verschiebemaschine

Jamaika-Koalition diskutiert Einwanderungsgesetz – Pro Asyl fordert Bekenntnis zum Asylrecht



Flüchtlinge warten in Brandenburg auf einem Sammelplatz.

Foto: dpa/Patrick Pleul

Berlin. Grüne, FDP und Union diskutieren derzeit in den Jamaika-Sondierungsgesprächen über ein umfassendes Einwanderungsgesetz. Dies soll nach bisherigen Plänen sowohl Regelungen für Migranten wie auch für Asylbewerber umfassen. Ein erleichterter Zugang von hoch qualifizierten Nicht-EU-Ausländern in den deutschen Arbeitsmarkt ist nach bereits getätigten Aussagen offenbar Kernpunkt des Vorhabens. Die FDP fordert für infrage kommende Bewerber eine »Chancenkarte«, die Grünen eine »Talentkarte«. Bezüglich der Flüchtlingspolitik gibt es vor allem zwischen Grünen und Union Differenzen. CDU und CSU hatten sich auf einen »Richtwert« von 200 000 Menschen geeinigt, der jährlich aus humanitären Gründen in Deutschland aufgenommen werden kann. Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt forderte am Donnerstag die Jamaika-Unterhändler auf, ein klares Bekenntnis zum individuellen Asylrecht abzugeben. »Wir erwarten, dass sich in Deutschland eine rechtsstaatliche Koalition findet, die klarstellt, dass es auch künftig einen Zugang zu einem individuellen Asylrecht in Europa geben muss. Das ist speziell ein Appell an FDP und Grüne.«

Burkhardt forderte zudem ein Bekenntnis zum Familiennachzug. Teile der Union seien bereit, humanitäre und rechtsstaatliche Prinzipien zu opfern. »Die Zusammenführung von Familien dient der Integration.« Ein Aussetzen des Nachzuges wäre ein »neues Konjunkturprogramm für Schlepper«, die man doch bekämpfen wolle. Die Linkspartei kritisierte die bisherigen Pläne eines Einwanderungsgesetzes als Selektion nach wirtschaftlichen Nützlichkeitskriterien und als Möglichkeit zum Lohndumping. Die Parteimitglieder diskutieren, ob ein eigenes progressives Einwanderungsgesetz eine Antwort sein könnte.

In Deutschland gab es derweil Ende vergangenen Jahres mehr als doppelt so viel schutzsuchende Flüchtlinge wie zwei Jahre zuvor: Die Zahl lag 2016 bei rund 1,6 Millionen. Das waren 851 000 mehr als Ende 2014, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag mitteilte. Dazu zählen auch Ausreisepflichtige, über deren Verbleib die Behörden nicht immer Bescheid wissen. Etwa die Hälfte der Schutzsuchenden kam aus Syrien (455 000), Afghanistan (191 000) und Irak (156 000). Insgesamt haben Schutzsuchende einen Anteil von 16 Prozent an der ausländischen Bevölkerung. Ende 2016 war bei 573 000 Menschen (36 Prozent) noch nicht über den Asylantrag entschieden. 872 000 (54 Prozent) verfügten über einen anerkannten Schutzstatus. Das Bundesinnenministerium wies gleichzeitig einen Bericht zurück, wonach 30 000 abgelehnte Asylbewerber abgetaucht sein sollen. Die Darstellung in bestimmten Medienberichten gehe von einer »unzutreffenden Berechnung« aus, erklärte ein Sprecher auf Anfrage. *seb/Agenturen Seite 2*

Rot-Rot in Potsdam sucht Gespräch mit Kommunen

Regierung will trotz Scheitern von Kreisreform Verwaltung reformieren

Potsdam. Brandenburg hält ungeachtet des Scheiterns der geplanten Kreisreform an der Ertüchtigung der Verwaltung auf kommunaler Ebene fest. »Die Landesregierung wird sich am Dienstag in der turnusmäßigen Kabinettsitzung mit den nächsten Schritten befassen, die sich aus der Absage der Verwaltungsstrukturreform ergeben«, sagte Regierungssprecher Florian Engels am Donnerstag dem »nd«. Das betreffe die Rücknahme der Gesetzentwürfe für die Kreisgebietsreform und die Funktionalreform mit der Übertragung der Aufgaben vom Land an die Kreise und kreisfreien Städte. Zu sprechen sei auch über den Zeitplan für die Wahl von Landräten und Oberbürgermeistern. Der Ministerpräsident wolle sich zu den nun notwendigen Schritten Mitte November in einer Regierungserklärung im Landtag äußern. Spekulationen über personelle Konsequenzen nach dem Aus der Reform wiesen die Landtagsfraktionen von SPD und LINKE zurück. *tm Seite 12*

Aung San Suu Kyi besucht Rakhine

De-facto-Regierungschefin Myanmars erstmals in Rohingya-Dörfern

Rangun. Myanmars De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi hat sich bei ihrem Besuch im westlichen Krisenstaat Rakhine für ein friedliches Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen ausgesprochen. Sie habe sich bei ihrem Überraschungsbesuch am Donnerstag mit Vertretern der muslimischen Rohingya ebenso wie mit Bewohnern buddhistischer Gemeinschaften getroffen und Hilfe durch die Regierung angekündigt, berichteten lokale Medien. Die Friedensnobelpreisträgerin steht seit Monaten wegen ihrer abweisenden Haltung gegenüber der Verfolgung der Rohingya in der Kritik. Auch bei ihrem Besuch verurteilte sie die Gewalt gegen die Minderheit nicht. Es war ihre erste Reise in den Bundesstaat Rakhine seit ihrer Amtsübernahme 2016.

Aus dem Bundesstaat sind nach Militäraktionen seit August mehr als 600 000 Angehörige der muslimischen Minderheit der Rohingya geflohen. Suu Kyi war international dafür kritisiert worden, das Militär gewähren zu lassen. *Agenturen/nd*

Theresa May beruft Fallon-Nachfolger

Britischer Verteidigungsminister wegen Belästigung zurückgetreten

London. Die britische Premierministerin Theresa May hat Gavin Williamson zum neuen Verteidigungsminister berufen. Das verlautete am Donnerstag aus dem Regierungssitz Downing Street. Der 41-Jährige tritt die Nachfolge von Michael Fallon an, der am Mittwoch wegen sexueller Belästigung einer Journalistin überraschend zurückgetreten war. Fallon soll der Frau vor 15 Jahren während eines Dinners mehrfach ans Knie gefasst haben. Williamson war einst persönlicher Assistent des zurückgetretenen Premierministers David Cameron. Zuletzt hatte er den einflussreichen Posten des »Chief Whip« (Einpeitscher) inne. Die Whips sind dafür zuständig, für Fraktionsdisziplin bei wichtigen Abstimmungen zu sorgen. Gerücheweise nutzen sie dafür auch Informationen über Verfehlungen von Abgeordneten, wie beispielsweise den Vorfall, über den Fallon nun gestolpert ist. Williamson sitzt seit 2010 für den mittellänglichen Wahlkreis South Staffordshire im britischen Unterhaus. *dpa/nd Seite 8*

Haftbefehl gegen Puigdemont

Die in Madrid vor Gericht erschienenen abgesetzten Minister müssen in Untersuchungshaft

Das spanische Staatsgericht erlässt einen europäischen Haftbefehl gegen Carles Puigdemont. Der katalanische Ex-Regionalpräsident hält sich weiter in Belgien auf.

Von Heinz Krieger, Valencia

Fünf Stunden dauerte die Anhörung von neun Ministern der abgesetzten katalanischen Regierung am Nationalen Gerichtshof in Madrid, von 9 bis 14 Uhr. Dann zogen sich acht der neun wegen Rebellion, Aufruhr und der Veruntreuung Beschuldigten mit ihrem Anwalt in einen Wartesaal des Gerichts zurück, um die Entscheidung von Richterin Carmen Lamela über den Haftantrag des Staatsanwalts abzuwarten.

Der entschied, acht der neun vor Gericht erschienen Ex-Minister in Untersuchungshaft nehmen zu lassen. Nur Santi Vila nicht, den Industrieminister, der zwei Tage vor der Unabhängigkeitserklärung

zurückgetreten war, weil er ein souveränes Katalonien nur auf rechtsstaatlichem Wege erreichen will. Gegen ihn wurde nur eine Kautions von 50 000 Euro beantragt. Bei den anderen Ex-Ministern, die bei der Anhörung keine Fragen der Richterin beantworteten, sondern nur die von ihrem Anwalt gestellten, sieht der Staatsanwalt die Gefahr der Tatwiederholung, der Beweismittelvernichtung und eine Fluchtgefahr.

Dass dieser Verdacht angebracht ist, dafür hat Carles Puigdemont gesorgt. Der abgesetzte Regierungschef flüchtete nach Belgien. Statt am Donnerstagmorgen in Madrid vor der Richterin zu erscheinen, ließ er sich in Brüssel in einem Café von Fotografen ablichten. Gegen ihn erließ Richterin Lamela einen Europäischen Haftbefehl.

Mit Puigdemont waren fünf seiner Ex-Minister nach Belgien geflüchtet. Ex-Arbeitsministerin Dolors Bassa kehrte allerdings zu-

sammen mit Ex-Innenminister Joaquim Forn nach Spanien zurück und stellte sich dem Gericht. Gegen die drei verbliebenen Minister wurde Haftbefehl erlassen.

Parallel zu der Anhörung der früheren Regierungsmitglieder im Nationalen Strafgerichtshof fand der Prozessbeginn gegen Parlamentspräsidentin Carme Forcadell und fünf Präsidiumsmitglieder im Obersten Gericht Spaniens statt. Dort entschied der Richter auf Antrag der Anwälte, das Verfahren um eine Woche zu verschieben. Die Anwälte hatten um mehr Zeit gebeten, um die 118 Seiten umfassende Klageschrift genauer studieren und ihre Verteidigung vorbereiten zu können.

Dem wurde stattgegeben, allerdings mit Auflagen. Forcadell und die anderen Beschuldigten stehen bis zu ihrer nächsten Anhörung am 9. November unter Polizeiaufsicht: Sie müssen ihren Aufenthaltsort angeben und eine Mobiltelefonnummer hinterlassen.

Lesen Sie morgen im wochen-nd

- Bereicherungsexperte: Venezolaner vor Gericht
- Strahlenforscherin: Marie Curie zum 150.
- Möchtegernmonarch: Leka II. von Albanien